

26.–27.06.2025

# EU-Wettbewerbsfähigkeit: auf Kurs oder im Abseits? Schloss Genshagen

#ForumGenshagen

## Resümee der Veranstaltung

Seit 2010 bietet das Genshagener Forum eine zentrale Plattform für den interdisziplinären deutsch-französischen Dialog zu den drängendsten Zukunftsfragen Europas. Die 13. Ausgabe widmete sich der **Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union** und thematisierte insbesondere wirtschaftspolitische Herausforderungen im Lichte des im September 2024 veröffentlichten [Draghi-Berichts](#).

„Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ist Voraussetzung strategischer Handlungsfähigkeit“, so **Martin Koopmann**, geschäftsführender Vorstand der *Stiftung Genshagen*, in seiner Begrüßungsrede. Dabei hob er insbesondere die wachsende Bedeutung der europäischen Souveränität hervor – ein Leitmotiv, das Deutschland und Frankreich in den vergangenen Jahren enger zusammenrücken lassen hat. Die deutsch-französische Annäherung werde, so **Koopmann**, beim Genshagener Forum durch die Förderung ergebnisorientierter Dialoge zwischen jungen deutschen und französischen Führungskräften aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Medien konkret gelebt.

**François Delattre**, französischer Botschafter in Deutschland, sprach sich in seiner Rede für mehr wirtschaftliche Kooperationen zwischen Deutschland und Frankreich aus, insbesondere in den Feldern Energie, Verteidigung, Innovation und Raumfahrt. Er betonte die Notwendigkeit, die Stärken beider Länder zu nutzen, um Europas Wettbewerbsfähigkeit und strategische Autonomie zu stärken.

## Innenpolitische Turbulenzen – Chance für eine stärkere Zusammenarbeit?

Das 13. Genshagener Forum fand vor dem Hintergrund einer politisch bewegten Zeit in beiden Ländern statt. Der Blick auf die jüngsten Parlamentsneuwahlen – 2024 in Frankreich und 2025 in Deutschland – offenbart ein ambivalentes Bild.

Laut **Helene Bubrowski**, stellvertretende Chefredakteurin bei *Table Media*, bestünde in Deutschland nach den Neuwahlen die Hoffnung, dass die Regierung unter Friedrich Merz effektiver als die Vorgängerregierung agiere, vor allem dank neuer Investitionen in Verteidigung und Infrastruktur infolge einer Lockerung der Schuldenbremse in diesen beiden Bereichen. Dennoch gebe es zwischen SPD und CDU weiterhin umstrittene Themen, wie etwa die Migrationspolitik, die eine harmonische Zusammenarbeit gefährden könnten. Auch in Frankreich erschwerten die zunehmende Zersplitterung der politischen Landschaft sowie das Fehlen einer stabilen politischen Mehrheit eine konstruktive Zusammenarbeit innerhalb der Regierung. Indes sei die verfassungsrechtliche Schonfrist für das Parlament verstrichen und Staatspräsident Macron dürfte erneut Neuwahlen ausrufen. **Dominique Reynié**, Direktor des französischen Think Tanks *Fondation pour l'innovation politique*, stellte jedoch die Hypothese auf, dass das Ergebnis bei einer erneuten Parlamentswahl kaum

anders als im Jahr 2024 ausfallen würde, es also viele Stimmen für Rechts- und Linksaußen gäbe. Neuwahlen, so **Reynié**, seien in Frankreich kaum mehr ein Instrument zur Schaffung stabiler Parlamentsmehrheiten, sondern vielmehr ein Risiko, die weitere Zersplitterung des Parteiensystems zu begünstigen.

Diese parteipolitische Fragmentierung mache sich auch darin bemerkbar, dass eine Brandmauer gegen extremistische Parteien in beiden Ländern zunehmend schwer zu halten sei. So wies **Bubrowski** darauf hin, dass einzelne CDU-Abgeordnete bereits öffentlich geäußert hätten, die Brandmauer in Deutschland existiere nicht mehr. Auch in Frankreich zeige sich laut **Reynié**, dass sie kaum noch funktioniere – vielmehr diene sie zunehmend parteistategischen Zwecken. In diesem Zusammenhang erscheine der mögliche Ausschluss Marine Le Pens von der Präsidentschaftswahl 2027 derzeit als einziger Faktor, der einen Wahlsieg der rechtsextremen Partei *Rassemblement National* noch verhindern könne.

Dieser Umstand offenbare die schwierige Rolle der Justiz in der Politik: Sie könne als Einmischung wahrgenommen werden und damit das populistische Narrativ stärken, so **Paul Maurice**, Generalsekretär des Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen am *Institut français des relations internationales (ifri)*. **Bubrowski** bekräftigte diesen Punkt ebenfalls: Politischen Parteien falle es immer schwerer, das Erstarken extremistischer Kräfte durch ihre Politik einzudämmen, so dass sie sich dazu gezwungen sähen, diese Verantwortung der Justiz zu überlassen. In diesem Zusammenhang kritisierte **Reynié**, dass die Parteien der Mitte und der Linken in Frankreich bislang keine konstruktive Debatte über schwierige Themen wie Migration geführt hätten. Migration werde von der Politik fast ausschließlich als Problem dargestellt. Er fordere daher ein verantwortungsvolleres Vorgehen, das auf tragfähige und konsensfähige Lösungen abziele. Dazu gehöre im Bereich Migration insbesondere eine offene und faktenbasierte Diskussion über Fragen der Regulierung und Integration.

Die Diskussion machte deutlich, dass beide Länder vor vergleichbaren innenpolitischen Herausforderungen stehen – vom Kampf gegen den Rechtsextremismus und dessen Narrativen über eine instabile Parteienlandschaft bis hin zu den drängenden Fragen rund um die Themen Rente, Haushaltsführung und Migration. Diese Paral-

lelen lüden zur vertieften Zusammenarbeit ein: Vor der französischen Präsidentschaftswahl 2027 und nach den vorgezogenen Bundestagswahlen im März 2025 eröffne sich dabei ein günstiges Zeitfenster für neue deutsch-französische Impulse. Beide Regierungen zeigten sich offenbar bereit, die bilaterale Partnerschaft neu aufleben zu lassen – nicht zuletzt belege dies der symbolträchtige Besuch von Merz in Paris einen Tag nach seiner Amtseinführung.

## Die Wettbewerbsfähigkeit der EU im geopolitischen Spannungsfeld

Den Blick über die innenpolitischen Turbulenzen in Deutschland und Frankreich hinaus und hin zur globalen geoökonomischen Lage richteten die Expert\*innen in den anschließenden Paneldiskussionen des Forums. Im Zentrum ihrer Analyse standen insbesondere die beiden geopolitischen Schwergewichte USA und China.

Alle Expert\*innen waren sich einig, dass die Sicherheit der europäischen Wirtschaft maßgeblich von einer stabilen politischen Weltlage abhinge und angesichts der zunehmend fragmentierten Weltordnung eine wirtschaftliche Neuausrichtung und Reform unserer Institutionen unerlässlich sei. „Die politische Realität hat die globale Ordnung überholt“, so beschrieb **Sébastien Jean**, Professor am *Conservatoire National des Arts et Métiers* und stellvertretender Direktor der Initiative für Geoökonomie und Geofinanzierung beim *Ifri* in Paris, die kritische Lage. Die internationalen Institutionen, die nach dem zweiten Weltkrieg unter anderen weltpolitischen Bedingungen entstanden waren, hätten heute stark an Bedeutung verloren. Die Politik müsse nun handeln, um langfristig die globale Ordnung wiederherzustellen.

**Claudia Schmucker**, Leiterin des Zentrums für Geopolitik, Geoökonomie und Technologie der *Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)*, führte dabei die sogenannte offene strategische Autonomie der europäischen Wirtschaft mit den drei Prinzipien „promote, protect, partner“ ins Feld, die lange als Plädoyer für eine vollkommene Offenheit und ein Vertrauen in die Globalisierung gegolten habe. In dieser Denkschule jedoch würden Risiken, vor allem für den europäischen Handel, von der Politik zu spät gesehen. Diese wurden insbesondere mit Blick auf die aktuellen Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und der EU diskutiert.

## Ein Blick über den Atlantik

Die USA seien der wichtigste Handelspartner der EU – entsprechend präge Trumps Politik maßgeblich die europäische Wettbewerbsfähigkeit. Bei der Betrachtung der aktuellen geoökonomischen Herausforderungen rückten die Expert\*innen daher rasch die amerikanischen Ausgleichszölle und ihre Folgen für die europäische Handelspolitik in den Mittelpunkt.

„Zölle bedrohen die europäische Wirtschaft grundständig“, so **Katharina Erhardt** vom *Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie*. Eine einheitliche EU-Reaktion auf die erratische Handelspolitik Trumps sei jedoch schwer zu koordinieren, so **Erhardt**, da Zölle die Mitgliedstaaten unterschiedlich beträfen. Universelle Gegenzölle hielte sie für wenig zielführend. Auch **Ludovic Subran**, Chefökonom bei der *Allianz*, sprach sich für alternative und längerfristig wirkende Maßnahmen aus, wie etwa Zugangsbeschränkungen für amerikanische Dienstleistungen zu öffentlichen Märkten in der EU.

Die Machtübernahme Trumps hätte allerdings auch etwas Positives für die EU: „Externe Aggressionen zwingen den Block dazu, ihre Ambitionen disruptiv zu überdenken“, so **Subran**. Außerdem führe die Unsicherheit über die politische Lage in den USA dazu, dass Investoren ihre Märkte anderswo suchten. Die EU könne sich dabei auf stabilere institutionelle Rahmenbedingungen stützen und ziehe damit Investoren an, so auch **Erhardt**. Außerdem gelte Europa im Unterschied zu anderen großen Wirtschaftsräumen als ein rechtssicherer und verlässlicher Standort und damit als attraktiver Handelspartner. Als Lehren aus dem Zollkonflikt forderte **Erhardt** eine langfristige handelspolitische Strategie und gezielte Diversifizierung der Lieferketten, ohne neue Abhängigkeiten in strategischen Bereichen aufzubauen.

## Europas Balanceakt im Umgang mit China

Auch die Abhängigkeit der EU von der Volksrepublik China wurde als kritisch eingeschätzt. Trotz dessen blieben die Handelsbeziehungen von zentraler Bedeutung – insbesondere im Hinblick auf die angestrebte Stärkung des Euro im asiatischen Raum. Die EU stehe vor der Herausforderung, ein neues strategisches

Gleichgewicht mit China zu finden. Dazu gehöre es auch, alles daran zu setzen, eine Eskalation im Taiwan-Konflikt zu verhindern – nicht zuletzt, um den freien Fluss europäischer Importe und Exporte zu sichern.

**Jean-Marc Ayrault**, ehem. Premierminister der Republik Frankreich und Vorsitzender des *Fördervereins der Stiftung Genshagen*, hob seinerseits die Bedeutung eines Kurswechsels der Wirtschaftspolitik mit Blick auf China hervor: „Der chinesische Merkantilismus ist eine große Gefahr für die EU“, so **Ayrault**. Er mache deutlich, dass die lang verfolgte liberale Wirtschaftspolitik der EU mit ihrem Ziel, Großmächte wie China zu politischem Wandel zu bewegen, nicht den gewünschten Erfolg gebracht habe.

## Wirtschaftliche Souveränität Europas: Expert\*innen fordern strategische Neuausrichtung

Die Unsicherheiten im globalen Wirtschaftsgefüge stellten Unternehmen vor große Herausforderungen – insbesondere kleinere Akteure seien davon betroffen. **Patrick Brandmaier**, Hauptgeschäftsführer der *Deutsch-Französischen Industrie- und Handelskammer*, betonte in diesem Zusammenhang, dass große Unternehmen deutlich besser auf die Folgen der zunehmend dynamischen geopolitischen Lage reagieren könnten. Als Beispiel nannte er den Aufbau neuer Chemieanlagen des deutschen Konzerns BASF in China – ein strategischer Schritt, um sich unabhängiger von politischen Einflussfaktoren zu machen. Kleinere Unternehmen fielen da häufig durch das Sieb. **Schmucker** bekräftigte, dass ein großer Teil der Industriepolitik durch die Unterstützung des Mittelstands und von Start-Ups sichergestellt werden müsse, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Risikokapital.

Insgesamt plädierten die Expert\*innen dafür, die europäische Wettbewerbsfähigkeit weiter proaktiv von innen zu stärken, zum Beispiel durch eine verstärkte Nutzung des Binnenmarkts und eine Aufwertung des Euro als internationale Währung. Zentrale Voraussetzung dafür sei eine europäische Kapitalmarktunion, so **Subran** unter Verweis auf Draghis Forderung. Um Europas Souveränität zu sichern und Abhängigkeiten von amerikanischen Tech-Giganten zu vermindern, sei außerdem der Aufbau eines eigenen technologischen Ökosystems notwendig (Cloud-Systeme, soziale Netzwerke und andere IT-Infrastrukturen).

Um wettbewerbsfähige europäische Technologien herzustellen, brauche es Innovationen. **Erhardt** verwies auf die Notwendigkeit einer staatlichen Lenkung von Innovationsprozessen. Diese sei vor allem dort sinnvoll, wo Externalitäten auftreten, das heißt bei Investitionen, die von der Privatwirtschaft allein nicht angestoßen werden könnten, für die Gesellschaft jedoch einen großen Mehrwert darstellten. Diese Investitionen trügen insbesondere dort Früchte, wo viele Unternehmen mit einbezogen würden. Europa hätte dank seines bedeutenden Marktvolumens sehr gute Voraussetzungen dafür. Ein besonders geeignetes Feld für gemeinsame europäische Innovationssysteme und Unternehmenscluster sei auch die Verteidigungsindustrie. **Erhardt** sprach sich dabei für eine EU-weite Koordinierung von industriepolitischen Maßnahmen aus.

## Wettbewerbsfähige Regionen in einem starken Europa: das Beispiel Brandenburg

Viele der Herausforderungen im Bereich der europäischen Wettbewerbsfähigkeit betreffen vorrangig die regionale Ebene. Brandenburgs Wirtschaftsminister **Daniel Keller** gab dazu Einblicke in die aktuellen Entwicklungen innerhalb seines Bundeslandes.

Nach wirtschaftlichen Einbrüchen im Zuge der Deindustrialisierung in den 1990er Jahren verzeichne Brandenburg **Keller** zufolge heute wieder ein Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum. Die Landesregierung fördere diesen Trend durch Investitionen in Ausbildung, Infrastruktur und Start-up-Zentren sowie durch Bürokratieabbau zur Ansiedlung neuer Industrie. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels

stunden Nachwuchsgewinnung, Fachkräftebindung und gezielte Zuwanderung im Fokus. Laut **Keller** baue Brandenburg gezielt sogenannte *Business Immigration Centers* auf, die ausländische Fachkräfte bei Themen wie Wohnen und Sozialleistungen unterstützten. „Die Technologie für morgen, die Talente und Toleranz“, so **Keller**, seien die Schlüssel für eine starke Region.

Mit seinem wirtschaftlichen Fundament – vom Mittelstand über strategische Industrien in der E-Mobilität (Tesla), in der Luft- und Raumfahrt (Flughafen BER) bis hin zu Digitalisierung (Hasso Plattner-Institut) – profitiere Brandenburg als Grenzregion von einem europäischen Zusammenwachsen der Wirtschaft, insbesondere vom Austausch mit Polen. Gleichzeitig bestünden infrastrukturelle Defizite im Bahnverkehr und die Zukunft der offenen Grenzen sei nicht eindeutig. Derartige Probleme müssten grenzüberschreitend gelöst werden.

## Workshops beim Genshager Forum 2025

In parallel stattfindenden Workshops erarbeiteten die Teilnehmer\*innen konkrete Lösungsvorschläge zu drei zentralen Herausforderungen der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Die Ergebnisse sind in den folgenden Abschlusspapieren zusammengefasst:

- **Workshop 1** – Technologische Resilienz: Kritische Rohstoffe und stabile Lieferketten sichern
- **Workshop 2** – Europäische Verteidigungsindustrie: Zwischen Autonomie und transatlantischer Zusammenarbeit
- **Workshop 3** – Wettbewerbsfähigkeit mit demografischem Wandel vereinbaren

### Autorin

Leonie Gruber  
gruber@stiftung-genshagen.de

### Kontakt

Tobias Koepf  
koepf@stiftung-genshagen.de  
Leonie Gruber  
gruber@stiftung-genshagen.de

<https://www.stiftung-genshagen.de/>

[@StiftungGenshagen](#)

[@stiftunggenshagen](#)

[@stiftunggenshagen.bsky.social](#)

[@stiftung-genshagen](#)

In Zusammenarbeit mit:

FONDATION POUR  
L'INNOVATION  
POLITIQUE  
fondapol.org

Fondation  
Jean Jaurès

4ifri  
Institut  
français des  
études  
internationales  
1979  
2019

forv/s  
mazars

Mit Unterstützung von:

Auswärtiges Amt

Förderverein  
Stiftung  
Genshagen

AHK  
Deutsch-Französische  
Industrie- und Handelskammer  
Chambre Franco-Allemande  
de Commerce et d'Industrie

TotalEnergies

Unsere Stifter:

Der Beauftragte der Bundesregierung  
für Kultur und Medien

LAND  
BRANDENBURG